

Kg. 62

42

# FESTAKT

anlässlich der Einweihung des neuen Plenarsaaes  
des Hessischen Landtags

Dienstag, 18. September 1962



## PROGRAMM

1.

1. Satz der Symphonie Es-Dur (K. V. 543) von Wolfgang Amadeus Mozart  
(ausgeführt von Mitgliedern des Orchesters des Staatstheaters Wiesbaden unter  
Leitung des 1. Kapellmeisters Ludwig Kaufmann)

2.

Übergabe des neuen Gebäudes  
durch den Leiter des Staatsbauamtes

3.

Ansprache des Landtagspräsidenten  
HEINRICH ZINNKANN

4.

Ansprache des Ministerpräsidenten  
Dr. GEORG AUGUST ZINN

5.

Festansprache von Professor Dr. EUGEN KOGON

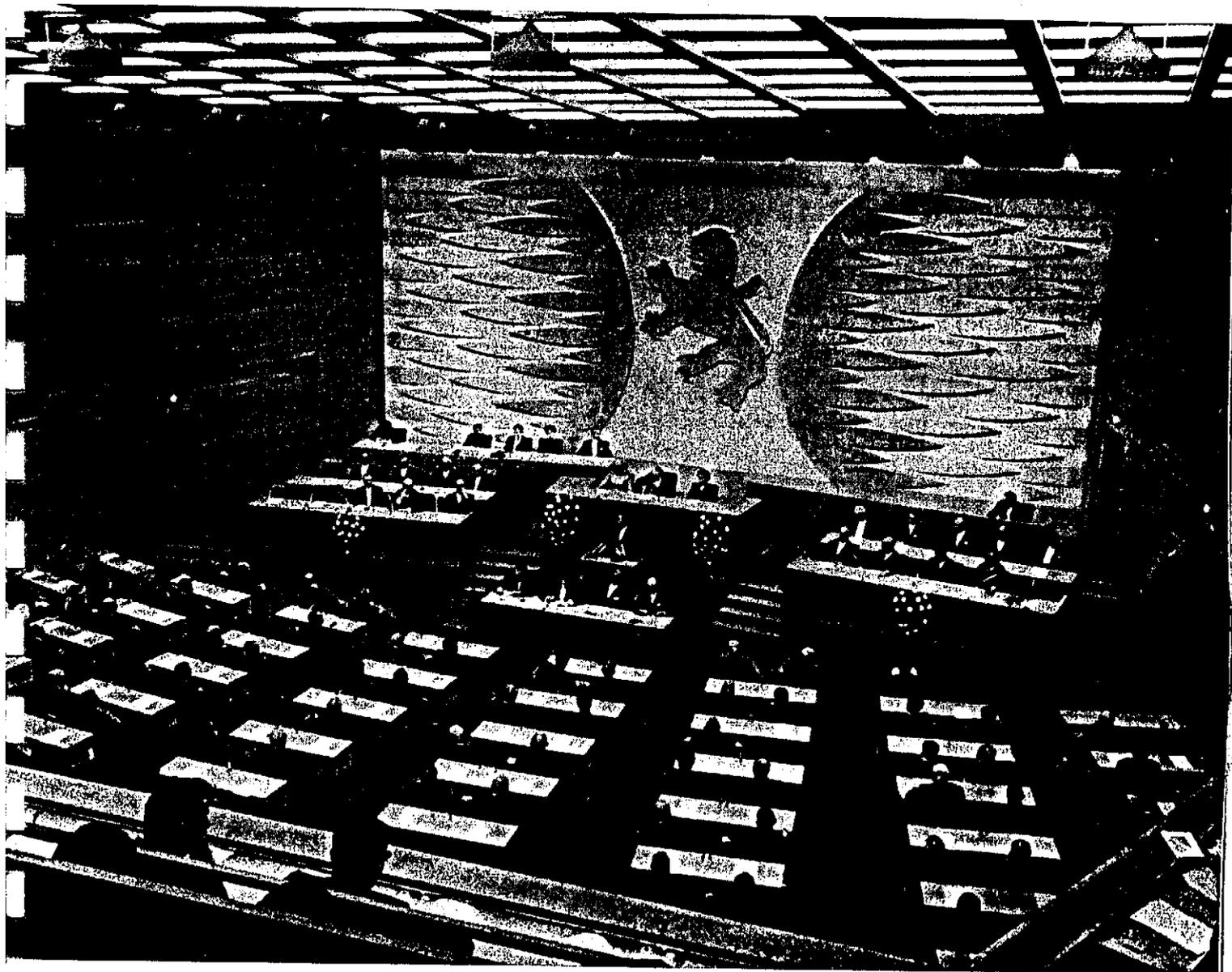
6.

Ansprache des Oberbürgermeisters der Stadt Wiesbaden  
GEORG BUCH

7.

Ouvertüre „Die Geschöpfe des Prometheus“ von Ludwig van Beethoven

Blick auf die Stirnwand  
des neuen Plenarsaals



Sehr geehrter Herr Präsident!  
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

**A**ls Vorstand des Staatsbauamtes in Wiesbaden habe ich heute die Aufgabe, die große Ehre und auch das Vergnügen, diesen in zweieinhalbjähriger emsiger Arbeit nunmehr fertiggestellten Neubau des Plenarsaales feierlich dem Hausherrn zu übergeben.

Es überkommt mich in diesem Augenblick — und ich glaube, meinen Mitarbeitern geht es genauso — ein gewisses Gefühl der Wehmut, weil wir dieses Kind, das wir mit großem Fleiß und großer Mühe, mit Sorgfalt und großer Liebe großgezogen haben, nun in diesem Augenblick, als es fertiggestellt worden ist, in dem Augenblick, da es selbständig geworden ist, aus der Hand geben müssen. Es überkommt uns aber auch ein Gefühl der Befriedigung und — ich möchte sogar sagen — des Stolzes, weil wir der Überzeugung sind, daß dieses Kind gut geraten ist und weil es verspricht, alle die Erwartungen, die in es gesetzt werden, völl und ganz zu erfüllen.

Es überkommt uns schließlich auch ein Gefühl der Befreiung und Erleichterung, da in diesem Augenblick eine sehr große Last, die uns Jahre hindurch aufgebürdet war, nun zum größten Teil von uns genommen wird.

Die Aufgabe, die uns gestellt war, war nicht gerade leicht. Es fehlte an Vorbildern aus der jüngeren Zeit. Ich darf daran erinnern, daß unsere Planung in der Grundkonzeption schon in den Jahren 1953/54 entwickelt worden ist. Sie wurde uns auch durch die Tatsache schwierig gemacht, daß — leider muß ich es sagen — Bauen und Planung sich wieder einmal überschneiden, also gleichzeitig geschehen mußten. Und sie wurde uns weiter schwierig gemacht durch die allgemein bekannten Erscheinungen baukonjunktureller Art.

Es ist dabei ja auch zu bedenken, daß das Staatsbauamt nicht nur diesen einen Bau zu erstellen hatte, sondern zur gleichen Zeit noch ein rundes Dutzend weiterer Millionenobjekte in Bau hat. Nun: Die Schwierigkeiten sind über-

wunden, die Arbeit ist geschafft, und, ich darf wohl sagen, im wesentlichen durch eine klare Organisation und durch eine mustergültige Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Der Bau — wovon Sie sich überzeugen konnten, meine Damen und Herren — ist sauber, klar, schlicht, ich möchte sagen ehrlich. Er gründet sich im wesentlichen auf die parlamentarischen Belange und die technischen Anforderungen, die auf den Gebieten der Statik, der Akustik, der Be- und Entlüftungstechnik und der Beleuchtungstechnik gestellt werden. Der innere Ausbau gründet sich auf die gleichen Grundsätze. Ohne ein falsches Pathos, ohne Effekthascherei, ohne modische Details ist hier klar, sauber und ehrlich Naturmaterial — im wesentlichen Holz und Stein — zur Geltung gebracht worden.

Die technischen Einrichtungen sind sehr umfangreich. Obgleich es interessant wäre, darüber zu sprechen, muß ich doch darauf verzichten, weil die zur Verfügung stehende Zeit das nicht erlaubt. Ich möchte nur ganz kurz folgendes sagen: Die hier eingebaute elektro-akustische Anlage ist die erste dieser Art. Sie ist klangecht und richtungsgetreu. Zur Be- und Entlüftungsanlage möchte ich sagen, daß das eine sehr komplizierte Einrichtung ist, die es erfordert, ganz genau — und zwar während der Benutzung des Saales — eingestellt zu werden. Das dauert erfahrungsgemäß oft viele Monate. Ich bitte, deshalb Verständnis dafür zu haben, wenn sich im Anfang hier oder da noch kleine Mängel in dieser Anlage zeigen sollten.

Das Hauptverdienst für die Planung und für die Gestaltung fällt dem Leiter der Planungsabteilung des Staatsbauamtes, Herrn Architekt Josef Staudt, zu, (Beifall), der mit seinen Mitarbeitern das zu Papier gebracht hat, was durch den Leiter der örtlichen Bauleitung, Herrn Diplom-Ingenieur Neumann, und seine Mitarbeiter hier nun mit vollem Erfolg in die Wirklichkeit umgesetzt worden ist. Sie verdienen für ihre guten, ich muß sogar sagen sehr guten Leistungen volle Anerkennung. (Beifall) Ich habe nun noch einigen Dank abzustatten, in allererster Linie und besonders herzlich der Baukommission unter dem Vorsitz des Herrn Landtagspräsidenten. Die Zusammenarbeit mit dieser Baukommission war außerordentlich harmonisch, angenehm und fruchtbringend, und die Entschluß- und Entscheidungsfreudigkeit der Kommission hat uns unsere Arbeit ganz wesentlich erleichtert. Ich möchte von dieser Stelle aus auch Herrn Professor Gies danken für seine große künstlerische Leistung in der Gestaltung der großen Relief-Rückwand mit dem stolzen hessischen Löwen, und ich möchte auch Herrn Professor Bunge danken für seine große künstlerische Leistung bei der wunderbaren Restaurierung der herrlichen alten Malereien in den historischen Räumen. (Beifall) Ferner möchte ich auch

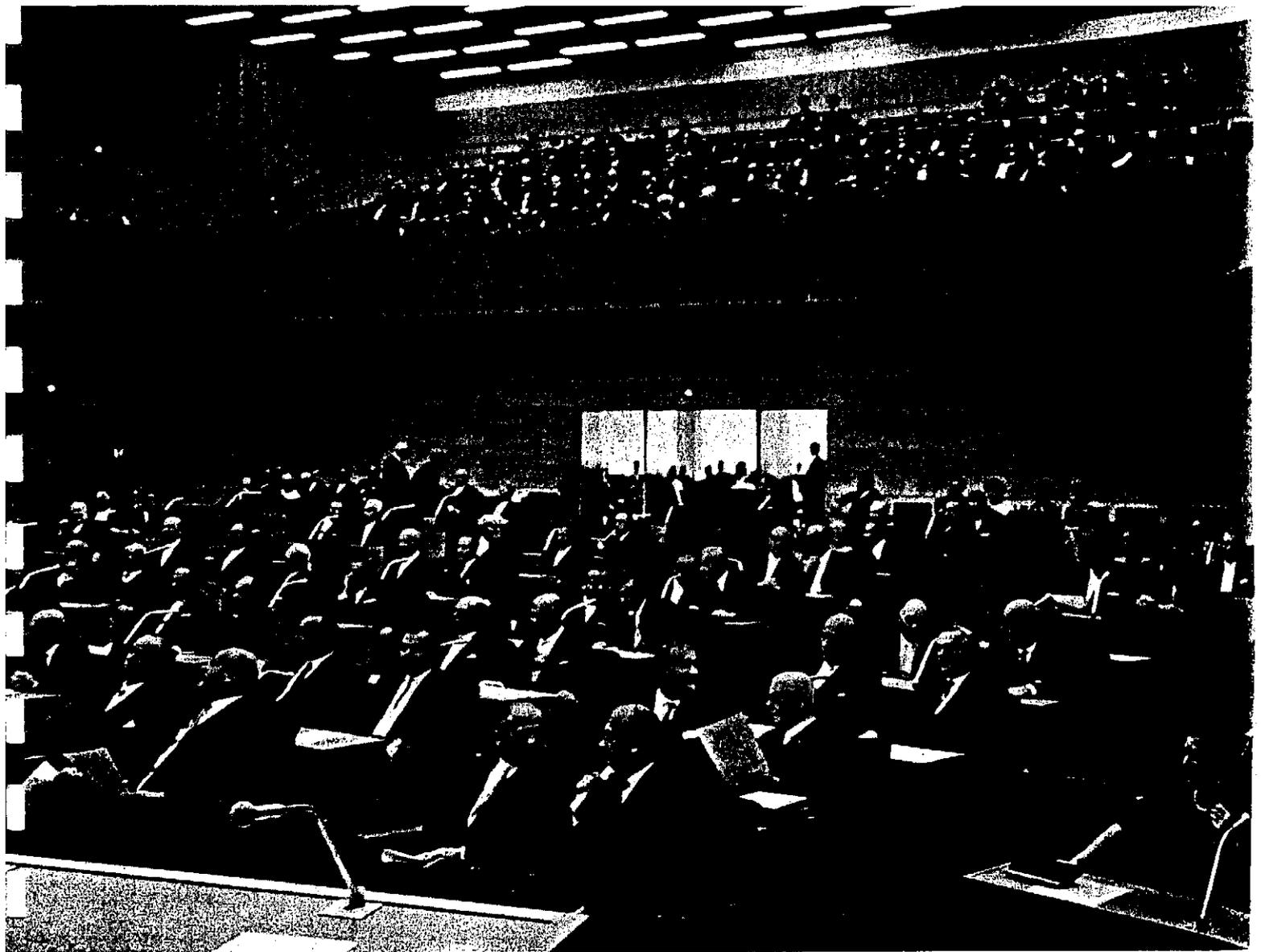
Herrn Direktor Franke danken, der, an allem technischen Geschehen von Anfang an äußerst interessiert, uns hier in jeder Weise und jederzeit hilfreich zur Seite gestanden hat. Ich muß auch all den Zivil-Ingenieuren danken, die in sehr schöner Art und Weise mit uns zusammengearbeitet und gute Leistungen vollbracht haben: das Ingenieur-Büro Grebner in Mainz für die Statik — damit in Zusammenhang steht Herr Prüflingenieur Baurat Behrendes —, für die Akustik Herr Dr.-Ing. Weisse aus Frankfurt, für die Lüftungstechnischen Anlagen Ingenieur-Büro Brandt in Köln, für die Nachrichtentechnischen Anlagen die Firma DeTeWe in Berlin und für die elektro-akustischen Anlagen die Firma Siemens & Halske in Karlsruhe, nicht zuletzt aber auch all den Firmen, Handwerkern und einzelnen Hilfskräften und Helfern, die uns hier treu zur Seite gestanden haben und an dem Gesamtgelingen des Werkes ihren jeweiligen Anteil haben.

Ich möchte Ihnen nun, sehr geehrter Herr Präsident, den Neubau, symbolisiert durch diesen goldenen Schlüssel, übergeben mit dem Wunsch, daß alles, was in diesem Hause beraten und beschlossen wird, immerdar dem Wohle unseres schönen Hessenlandes dienen möchte.

(Beifall —

Oberregierungsbaurat Möreke übergibt den Schlüssel)

Blick in den Plenarsaal  
mit Zuhörertribüne



Hochansehnliche Festversammlung!

Zunächst darf ich Sie alle, meine Damen und Herren, die Sie der Einladung zu der Eröffnungssitzung im neuen Plenarsaal gefolgt sind, dankbar begrüßen. Ganz besonders freue ich mich, unter unseren Gästen Herrn Bundesminister Mischnik und den Herrn Landtagspräsidenten unseres Nachbarlandes Rheinland-Pfalz, Herrn van Volxem, begrüßen zu können. (Beifall) Ich hatte noch einige andere Namen hier verzeichnet von Personen, die eingeladen waren und denen ich besondere Begrüßungsworte widmen wollte, aber die Herren sind nicht gekommen; sie haben sich entschuldigen lassen. Ich bitte, mir zu verzeihen, wenn ich von weiteren persönlichen Begrüßungen absehe.

Ich habe soeben mit Freude und Dankbarkeit im Namen des Hessischen Landtags den Schlüssel zu dem neuerbauten Teil unseres schönen Landtagsgebäudes aus den Händen derer übernommen, die ihn erbauten. Der Staatsbauverwaltung des Herrn Finanzministers, insbesondere aber Ihnen, Herr Oberregierungsbaurat Möreke, als dem Leiter des Staatsbauamtes, gilt zuerst unser herzlicher und wohlverdienter Dank. (Beifall) Ich darf Sie bitten, diesen Dank auch an alle an Entwurf, Planung und Bauleitung beteiligten Mitarbeiter, ganz besonders Herrn Architekten Staudt und Herrn Diplomingenieur Neumann, weiterzugeben; Sie sind den Dingen vorausgeeilt, Sie haben das schon getan. Nicht vergessen zu erwähnen möchte ich bei dieser Gelegenheit den ehemaligen Landtagsdirektor, Herrn Geschwind, der bei der Vorplanung des Entwurfs mitbeteiligt war.

Es war nicht einfach, meine Damen und Herrn, den klassizistischen Altbau mit einem modernen Anbau zu verbinden. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten traten schon vom ersten Tage an auf. Die genannten Herren haben diese schwere Aufgabe in vollendeter Form gelöst, und dafür gebührt ihnen nochmals unser allerherzlichster Dank. Hoffentlich werden ihre Namen einmal genauso

in die Annalen der Geschichte dieses Baues eingehen wie die der Planer und Erbauer des Schlosses.

Nicht zuletzt gebührt auch mein Dank denen, die in unzähliger Kleinarbeit, sei es durch die an dem Bau beteiligten Firmen, sei es durch die fleißigen Hände der Arbeiter, zu der Vollendung dieses Baues beigetragen haben. Ich muß wiederholen, was Herr Möreke schon gesagt hat, aber es bleibt nichts anderes übrig, auch von dieser Stelle aus muß ich einigen Herren, denen Herr Möreke schon gedankt hat, meinen Dank abstatten. Weiterhin also gilt unser Dank Herrn Professor Gies, dessen Entwurf die Stirnwand unseres neuen Plenarsaales zierte, und Herrn Professor Bunge, der vor allen Dingen unserem jetzigen Foyer nebst Nebenräumen wieder alten — oder besser gesagt: schöneren — Glanz verliehen hat. In diesem Zusammenhang muß ich auch den Landeskonservator, Herrn Dr. Feldtkeller, erwähnen, der mit Argusaugen darüber gewacht hat, daß bei den Abriß- und Umbauarbeiten nicht zuviel vom alten Schloß zerstört und die Verbindung vom Alten zum Neuen in solch vollendeter Form gestaltet wurde. (Beifall) Dann möchte ich aber auch die Mitglieder der Baukommission nicht zu erwähnen vergessen, die sowohl dem Staatsbauamt als auch mir bei wichtigen Entscheidungen mit Rat und Tat zur Seite standen. Hohes Lob und besonderer Dank gebührt auch Herrn Landtagsdirektor Franke, der ohne Ruhe und Rast sich geradezu verzehrte in seinem Bemühen, sich um die geringste Kleinigkeit im Ablauf der Arbeiten zu kümmern. (Beifall) Und wenn ich nun — so hoffe ich wenigstens — allen gedankt habe, so darf ich aber auch diejenigen Bediensteten des Landtags nicht vergessen, die mit viel Fleiß in irgendeiner Form beteiligt waren. Ich müßte nun einige dieser Bediensteten ganz besonders hervorheben, die in außergewöhnlicher Form ihr Teil zur Verschönerung unserer alten Landtagsräume beigetragen haben; ich behalte mir aber vor, dies an anderer Stelle zu tun.

Und nun genug des Dankes. Wir wollen uns freuen, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelungen ist, in diesem schönen Saal noch einige Sitzungen kurz vor Abschluß der Wahlperiode abhalten zu können. Für diejenigen, die nach der Landtagswahl von uns Abschied nehmen, wird dies nun sicherlich besonders schwer werden. Wenn ich Sie, meine Damen und Herren, am Schluß dieser Feierstunde bitte, das ganze Landtagsgebäude zu besichtigen, so werden Sie mir sicher zugeben müssen, daß wir alle stolz auf unser Haus sein dürfen, ohne uns der Überheblichkeit schuldig zu machen. Die Außenanlagen werden allerdings erst in den kommenden Wochen ihrer Vollendung entgegengehen.

Meine Ausführungen zu der äußeren und inneren Gestaltung des Hauses schließe ich mit dem Wunsch, daß die Stadt Wiesbaden möglichst bald dafür



Sorge tragen möge, daß auch die Umgebung des Neubaus nach der Grabenstraße zu das Gesicht erhält, das ihr nunmehr zusteht. (Beifall)

Nun gestatten Sie mir noch ein paar Worte zu dem Geist, der dieses Haus in Zukunft beseelen möge. Viele von Ihnen werden noch wissen, wie der Parteienstaat von Weimar durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, aber auch durch die eigene Uneinigkeit zugrunde gegangen ist. Wir haben alle die sich hieraus ergebenden Folgen in furchtbarster Weise zu spüren bekommen, so daß vor allen Dingen wir Parlamentarier mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln alles tun sollten, um eine Wiederholung zu verhüten. Wie schwer es nach der vorerwähnten Vergangenheit ist, zur verantwortlichen Mitarbeit in der Politik zu begeistern, muß ich in diesem Kreis wohl kaum besonders erwähnen.

Den Parlamentariern der Gegenwart ist die hohe Aufgabe gestellt, dem Parlamentarismus in der Volksmeinung wieder Ansehen und Geltung zu verschaffen. Mein Wunsch in dieser Stunde geht dahin, daß in diesem Hohen Hause persönliche Unabhängigkeit und Eigenverantwortung jede Entscheidung prägen und achtungsvolles Verhalten aller Abgeordneten untereinander eine Atmosphäre des guten Willens schaffen mögen.

Damit möchte ich meine Begrüßung schließen, zuvor aber Herrn Professor Kogon ganz besonders herzlich willkommen heißen, der im Anschluß an die Rede des Herrn Ministerpräsidenten die Festansprache halten wird.

Nun darf ich Sie, Herr Ministerpräsident, bitten, das Wort zu nehmen. (Beifall)

Herr Präsident,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe den ehrenvollen Auftrag, dem Hohen Haus die herzlichen Glückwünsche der Landesregierung zur Einweihung des neuen Plenarsaals zu überbringen. Ich möchte dabei einige geschichtliche Erinnerungen voranstellen, die verständlicherweise nur sehr kurz sein und die sicherlich nicht auf die geistesgeschichtliche und politische Bedeutung der Entwicklung des Parlamentarismus in unserem Land eingehen können. In den Landesteilen oder in den Staaten, aus denen das heutige Land Hessen besteht, kann man seit dem Beginn des Wiener Kongresses von einer parlamentarischen Entwicklung im weiteren Sinne sprechen, die allerdings dann im wesentlichen mit dem Jahre 1866, soweit eine Eigenständigkeit bestand, ihren Abschluß fand. Mit diesem Jahre ging die Geschichte der Landtage von fünf der staatlichen Gebilde, die im Raum zwischen Rhein und Weser bestanden hatten, zu Ende. Das Fürstentum Waldeck bestand zwar noch weiter, aber durch den Akzessionsvertrag mit Preußen war sein Landtag bedeutungslos geworden, und in den übrigen Landesteilen — wenn man von Hessen-Darmstadt absieht — trat nunmehr das preußische Verfassungsrecht und auch das Dreiklassenwahlrecht in Kraft. Nur das Großherzogtum Hessen-Darmstadt konnte seine Eigenstaatlichkeit über das Jahr 1866 retten, obwohl es politisch und militärisch im Jahre 1866 auf der Seite Österreichs gestanden hatte.

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Zeit, in der aus den Vorstellungen der Aufklärung und der Romantik die konstitutionelle Monarchie herauswuchs. Die führenden Schichten dieser Zeit waren von Vorstellungen des Liberalismus geprägt, der in seinem Glauben an die obsiegende Wirkung des Verstandes und der Bildung verwurzelt war. Die Zeit nach den 1848/49er Jahren bis zum Ende des ersten Weltkrieges ist vielleicht am besten dahin zu kennzeichnen, daß innerhalb der konstitutionellen Monarchie der Gedanke an die bestim-

mende Mitwirkung des ganzen Volkes, vertreten in den Landtagen, immer breiteren Raum gewann. Das Schwergewicht im politischen Leben verlagerte sich allmählich von den Regierungen zu den Landtagen, und am Ende dieser Entwicklung stand die parlamentarische Verantwortung der Regierung. Kaum war in Hessen-Darmstadt, das ja seine Eigenstaatlichkeit bewahrt hatte, das Wahlgesetz vom 6. September 1856 von den beiden Kammern des Landtags verabschiedet, so setzten bereits damals im neuen Landtag die Verbesserungs- und Abänderungsvorschläge ein. Einen echten Auftrieb erhielten diese Bestrebungen dann erst durch das Wahlgesetz zum Norddeutschen Bund, das für den Norddeutschen Bund allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen vorsah. So wurde dann 1872 ein neues Wahlgesetz beschlossen, das den Adel in die erste Kammer verwies und das für die zweite Kammer zehn Abgeordnete der Städte und 40 Vertreter der anderen Wahlbezirke vorsah. Wiederholte Anträge auf Einführung des Einkammersystems wurden damals abgelehnt. Im Jahre 1884 hielt der erste sozialdemokratische Abgeordnete, der Redakteur der „Neuen Offenbacher Zeitung“ Ulrich, seinen Einzug in den Darmstädter Landtag.

Die Entwicklung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der Jahre vor dem ersten Weltkrieg war angefüllt mit ständigen Kämpfen um ein besseres Wahlrecht, das den Landtag im Volk verankern sollte. Dieses Ringen um ein gerechtes Wahlrecht war der äußere Ausdruck dafür, daß die politisch heranreifende Bevölkerung ihre Geschicke in verstärktem Maße selbst in die Hand nehmen wollte. Die Demokratisierung des Staates machte auch in Hessen-Darmstadt zwar langsame, aber stetige Fortschritte.

Die Umwälzung, die sich im Deutschen Reich im November 1918 vollzog, brachte Hessen-Darmstadt wie den anderen deutschen Ländern die republikanische Staatsform. Der Abgeordnete Ulrich übernahm die Geschäfte des Staatspräsidenten. Die hessen-darmstädtische Verfassung, deren Artikel 3 lautete: „Alle Staatsgewalt im Volksstaat Hessen geht vom Volke aus“, wurde von ihm am 12. Dezember 1919 unterzeichnet. Der damalige Landtag von Hessen-Darmstadt bestand aus einer Kammer von 70 Abgeordneten, die in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl auf drei Jahre gewählt wurden. Die Verfassung von 1919 enthielt auch die Einrichtung des Volksbegehrens und des Volksentscheids. Sie selbst aber war nicht einer Volksentscheidung unterzogen worden. Damit hatte die Verfassungsentwicklung des Jahrhunderts in Hessen-Darmstadt einen Abschluß erreicht. Sie war vom aufgeklärten Staat über die konstitutionelle Monarchie zum parlamentarischen System verlaufen.

Die Zeit der Neuordnung im staatlichen Leben des hessischen Raumes vom Jahre 1919 ab war aber zugleich auch der Beginn einer großhessischen Bewegung, die an die Öffentlichkeit trat und auch deren Aufmerksamkeit fand. Ihre Ursprünge liegen allerdings viel weiter zurück und waren aus verschiedenen Wurzeln genährt. Dynastische Erinnerungen, Bindungen, die man als stammesmäßig ansah, und großdeutsche Gedanken vereinigten sich in einem zunächst noch unbestimmten Zusammengehörigkeitsbewußtsein. In den liberalen und demokratischen Volksteilen war damals dieses Gefühl besonders stark ausgeprägt. Der Wetterauer Volksmann Weidig sprach schon in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts von einem gesamten Hessen. Das Gießener Fest im Februar 1832 drückte diesen Gedanken schon in seinem Namen aus als „Fest der Eintracht der beiden hessischen Bruderstämme“.

In den Hanauer Revolutionskreisen des Jahres 1848 tauchte sogar vorübergehend der Gedanke auf, unter der Leitung des Darmstädter Großherzogs einen Staat zu bilden. Die Idee dieser hessischen Gemeinschaft diente den Ministern von Baumbach und von Dalwigk als politische Parole ihrer Stellungnahme in der damaligen Zeit gegen Preußen. Als dann der parlamentarische Gedanke im Reich im Jahre 1918 kurz vor seinem Durchbruch stand, wurde im September 1918 der „Hessenbund“ als neuer Bund für beide Hessen gegründet. Der „Hessische Volksbund“ des Jahres 1919 hatte als offen ausgesprochenes Ziel das Streben nach einer politischen Einigung von Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Nassau, Waldeck und Wetzlar zu einem „Freien Staat Hessen“. Es ist nicht uninteressant, daß auch in dem Entwurf von Professor Dr. Preuß — dem Vater der Weimarer Verfassung — zur Reichsgliederung der Gedanke eines politischen Zusammenschlusses der Gebiete zwischen Weser und Rhein einen greifbaren Niederschlag fand, der auch in der Kommission zur Neugliederung des Reichs aufgegriffen wurde, die Ende der 20er Jahre der Öffentlichkeit ihre Vorschläge unterbreitete. Der Kurhesse Philipp Losch ersehnte 1922 ein Hessen „in seiner Gesamtheit vom Odenwald bis zu den Weserbergen und vom Rhein bis zur Rhön“.

Über den Problemen der damaligen Zeit wurde der Plan der Neugliederung der Länder zurückgestellt. Erst gegen Ende der 20er Jahre beschäftigte man sich wieder stärker mit solchen Möglichkeiten im Regierungsbezirk Kassel. Jetzt wurden mehr wirtschaftliche Gesichtspunkte erörtert, wie sie in einer Denkschrift, hinter der die Kasseler Industrie- und Handelskammer stand, niedergelegt wurden. Aber auch historische und kulturpolitische Betrachtungen spielten dabei eine Rolle. Sie kamen in der 1929 erschienenen Schrift von Stengel „Das geschichtliche Recht der hessischen Landschaft“ zum Ausdruck. Daß

das Gebiet von Waldeck 1929 mit dem Regierungsbezirk Kassel vereinigt wurde, war zunächst der einzige greifbare Erfolg aller dieser Erörterungen, die sowohl hier im engeren hessischen und nassauischen Raum, aber darüber hinaus auch in Berlin angestellt worden sind.

Die Zeit des Nationalsozialismus hat dann in Deutschland die Mitsprache der Bevölkerung am politischen Leben erstickt. Das Land Hessen-Darmstadt verlor sein parlamentarisches Dasein, und genauso erging es Preußen. Hessen-Darmstadt wurde mehr durch die Gauleitung in Frankfurt verwaltet als durch den Rest der Behörden in Darmstadt.

Die Katastrophe, in die das deutsche Volk im Frühjahr 1945 gestürzt wurde, löste damals fast automatisch — soweit sie überhaupt noch bestanden — alle staatlichen und kommunalen Verwaltungen auf. Zunächst mußte die amerikanische Militärregierung alle nötigen Maßnahmen selbst ergreifen und verantworten. Sofort aber fanden sich auch auf deutscher Seite Männer, die den demokratisch-parlamentarischen Gedanken über die Jahre zwischen 1933 und 1945 hinweg gerettet hatten. Sie waren bereit zum organisatorischen, verfassungs- und verwaltungsmäßigen Neubau. Dieser mußte verständlicherweise bei den kleineren Einheiten beginnen und sich möglichst organisch weiterentwickeln.

Bereits am 21. April 1945 konnte unter Professor Ludwig Bergsträßer, den viele von Ihnen noch kennen, eine deutsche Regierung für die ehemalige hessen-darmstädtische Provinz Starkenburg in Darmstadt errichtet werden. Am 1. Mai 1945 entstand in Wiesbaden wieder ein Regierungspräsidium für die Provinz Nassau, dem damals auch das Hanauer Gebiet zugewiesen wurde. Zehn Tage später folgte das Regierungspräsidium in Kassel für die kurhessischen Gebiete. Ende Juni wurden die ehemals hessen-darmstädtischen Gebiete von Oberhessen, zunächst allerdings noch ohne den Kreis Friedberg, mit der Regierung in Darmstadt vereinigt. Anfang August schließlich gab es für den ehemaligen Volksstaat Hessen eine „Deutsche Regierung des Landes Hessen.“ Bereits im Juli 1945 wurde der Gedanke der 20er Jahre, der auf eine Vereinigung der Gebiete vom Odenwald zum Reinhardswald hinzielte, von Professor Bergsträßer wieder aufgegriffen. Der amerikanische Militärbefehlshaber, General Lucius Clay, machte sich ihn zu eigen. Am 16. Oktober 1945 — manche von Ihnen haben das noch miterlebt — erfolgte die Konstituierung des Landes „Groß-Hessen“. Ein elf Artikel umfassendes Staatsgrundgesetz wurde erlassen. Damit war der Rahmen geschaffen, in dem die demokratische Mitwirkung der Bevölkerung am staatlichen Aufbau einsetzen und gestaltend wirken konnte. Mit der neuen Gemeindeordnung und der Landkreisordnung

von 1946 setzte der organische Aufbau, wiederum von der kleineren Einheit ausgehend, ein.

Das Wahlgesetz vom 17. Mai 1946 für die Verfassungberatende Hessische Landesversammlung schuf die Voraussetzungen für eine erste Willenskundgebung, die die Bevölkerung des ganzen hessischen Staatsgebietes umfaßte. Ich freue mich, feststellen zu können, daß diesem Hohen Hause noch neun Abgeordnete angehören, die damals Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung waren. Mit der Wahl zum ersten Landtag wurde eine Volksabstimmung über die Verfassung verbunden, die am 18. Dezember 1946 verkündet wurde und in der es heißt: „Hessen ist eine demokratische und parlamentarische Republik“.

So war in einer Entwicklung von eineinhalb Jahrhunderten die Landschaft zwischen Odenwald und Reinhardswald, zwischen Rhein und Weser, die einstmals das bevorzugte Wirkungsfeld von Kurmainz und der Landgrafen von Hessen gewesen war, in die seit dem 16. Jahrhundert verlorengegangene Einheit wieder zusammengefaßt.

Der Ausspruch von Wilhelm Riehl in seinem Buch „Land und Leute“, das 1861 erschienen war, „Hessenland hat ein historisches Recht auf der Karte von Deutschland“ hatte seine Berechtigung bewiesen.

Hessen oder Groß-Hessen, wie es in jener Zeit hieß, war, als es gegründet wurde, ein armes Land wie alle anderen deutschen Länder auch. Wir lebten buchstäblich von der Hand in den Mund und oft auch ohne das zum Regieren und Verwalten nötigste Handwerkszeug.

Auch die Volksvertretung, zunächst der sogenannte 48er-Ausschuß und die Verfassungberatende Landesversammlung, waren auf das Primitivste in einer Berufsschule untergebracht, bis im Schloß zwar durchaus würdige, aber für ein Parlament doch sehr unpraktische Räume bereitgestellt werden konnten. Der Hessische Landtag hat sich vier Legislaturperioden hindurch mit seiner durchaus unzureichenden Unterbringung zufrieden gegeben und in großer Selbstbescheidung — das darf man sagen — anderen Aufgaben des Landes den Vorrang gelassen. Die Gesetzgebungsarbeit hat darunter nicht gelitten, auch die Güte der Gesetze nicht.

Ich freue mich, daß die Damen und Herren, die dem nächsten Landtag nicht angehören werden, am heutigen Tage des Einzugs in den neuerbauten Plenarsaal und wenigstens noch an zwei Landtagssitzungen unter uns sind.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich übermittle dem Hessischen Landtag im Namen der Hessischen Landesregierung die allerbesten Wünsche für eine erfolgreiche Fortsetzung seiner parlamentarischen Arbeit in der

neuen Umgebung. Die Regierung hat als Schmuck zwei Plastiken gestiftet, die der Künstler Gerhard Marcks geschaffen hat und die Sie nachher bei dem Rundgang besichtigen können. Ich möchte sie „Zwei Menschen“ nennen. Sie sollen ein Sinnbild für die Verpflichtung dieses Hohen Hauses, dieses Parlaments sein. Alles, was wir hier in diesem Hause tun, bekommt seinen Sinn dadurch, daß wir es für den Menschen, für den Menschen in unserem Lande, in unserer Heimat tun. (Beifall)

Präsident des Hessischen Landtags  
HEINRICH ZINNKANN

Ich danke Herrn Ministerpräsident Dr. Zinn und darf nun Herrn Professor Dr. Kogon bitten, das Wort zu seiner Festansprache zu nehmen.

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Der Geist der Geschichte ist vorvorige Woche an unserem Land Hessen vorübergezogen. Er hat uns buchstäblich ausgespart — uns in der Mitte zwischen dem Marktplatz von Bonn, dem Kölner Dom, dem Hamburger Jungfernstieg, der Münchner Feldherrnhalle und dem Schloß in Ludwigsburg. — Wie, haben wir etwa keine traditionellen Beziehungen zu Frankreich, die Kasseler zum Beispiel, die 1830 dem Kurfürsten eine geradezu von jakobinischem Geiste erfüllte, die damals fortschrittlichste Verfassung im Deutschen Bund abgetrotzt haben, zu schweigen von allem im großherzoglichen Hessen, für das etwa der Name Georg Büchners steht? Wie vieles dergleichen ließe sich nicht hervorheben, wollte man erst gar aus dem heutigen Rheinland-Pfalz die ehemals hessischen und demokratischen Vorzüge mit heranziehen!

Aber der großen Figur des geehrten Gastes kam es auf solche Überlieferungen ja nicht an. Charles de Gaulle vertritt, obschon überaus modern, obschon gegenüber den sozialen Verhältnissen und den wirtschaftlichen Systemen sehr vorurteilslos, seinen plebiszitären Patriarchalismus, weil er durch die Parlamente in der Demokratie das Wesentliche der staatlichen Macht nicht verwirklicht und nicht gewährleistet sieht: die Autorität. Andere, und hierzulande, zeigen darin eine ganz ähnliche Neigung. Positiv gestellt ist die Frage das Thema, das ich vor Ihnen aus dem Anlaß, der uns hier versammelt hat, zu behandeln habe: Was muß geschehen, damit unsere Volksvertretungen unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen ihre Herrschaftsaufgabe erfüllen?

Tun sie es denn nicht, werden einige einwenden. Hat der französische Präsident-General mit seiner behaupteten Voraussetzung, daß der Parlamentarismus gegenüber den Problemen der Welt von heute versage, und dies notwendigerweise, denn recht?

Nun, was Frankreich betrifft, das bis vor kurzem klassische Land der absolu-

ten Souveränität des Parlaments, so sprach die durchschnittlich nur neunmonatige Dauer der von ihm eingesetzten Regierungen selbstverständlich nicht zugunsten des Systems dort. Der allzu häufige Wechsel der Kabinette hatte ja nicht nur zur Folge, daß in dem Geschäft, den Staat zu lenken, eine beachtliche Zahl von Parlamentariern sich übte, sondern auch einen enormen Verbrauch an Qualität: Innerhalb so kurzer Fristen wollten die einen nicht mehr und die anderen konnten es nicht. Der Klub der Turnusminister und -ministerpräsidenten erschöpfte sich in Routine, die Vierte Republik verfiel, so kam es zu den „13 Komplotten des 13. Mai“, es blieb keine Lösung als die halb willige, halb unfreiwillige Berufung des Wartenden von Colombey-de-deux-Eglises, der nun, nach gründlich veränderter Verfassung, Frankreich wie ein Volksmonarch regiert.

Aber blicken wir zurück: Seitdem 1917/18 die monarchische Legitimität der durch Geburt privilegierten Regime in Europa zusammengebrochen war, in Rußland, Österreich und Deutschland, seitdem der Parlamentarismus eine neue, die uneingeschränkt demokratische Legitimität unter den schwierigsten Umständen zu praktizieren begann, ist einer dieser Versuche nach dem anderen gescheitert, einige gleich von Anfang an. — Im Januar 1918 übernahmen, nach der Oktober-Revolution gegen den Sozialdemokraten Kerenskij, die Sowjets diktatorisch die Macht; 1919 errichtete in Ungarn Admiral Horthy ein zumindest halbautoritäres Regime; 1922 Mussolini in Italien, als das Parlament vor den Nachkriegsproblemen des Landes offensichtlich versagte, die faschistische Herrschaft; 1923 ging die Türkei unter Kemal Pascha zum Führerprinzip über; 1926 trat Marschall Pilsudski an die Spitze Polens; im gleichen Jahr begann Salazar in Portugal den Aufstieg, der 1932 in das autoritäre, korporativistische System des „Estado Novo“ einmündete; 1933 dann, die Präsidialkabinette dreier Jahre mit ihren Notverordnungen ablösend, war in Deutschland Hitler an der Reihe; 1934 schaltete in Österreich Dollfuß das Parlament aus; 1936 geriet Griechenland unter General Metaxas; 1939 siegte Franco in Spanien; und ich will mit der Erwähnung des Jahres 1940 und Marschall Antonescus für Rumänien, was unser, damals noch ganzes, aber keineswegs heiles Europa anlangte, abschließen.

Noch ist die Geschichte des Systems; demokratisch den Willen zu bilden, den wir den staatlichen nennen, und ihn unter den rasch sich verändernden Verhältnissen der heutigen Gesellschaft wirksam werden zu lassen, recht jung. Übrigens kann es bis jetzt nicht das glücklichste genannt werden. Infolgedessen ist es wohl angebracht, von Zeit zu Zeit einmal, und zwar inmitten der Normalität, die wenigstens als solche erscheint, sich zu fragen, ob es jedesmal

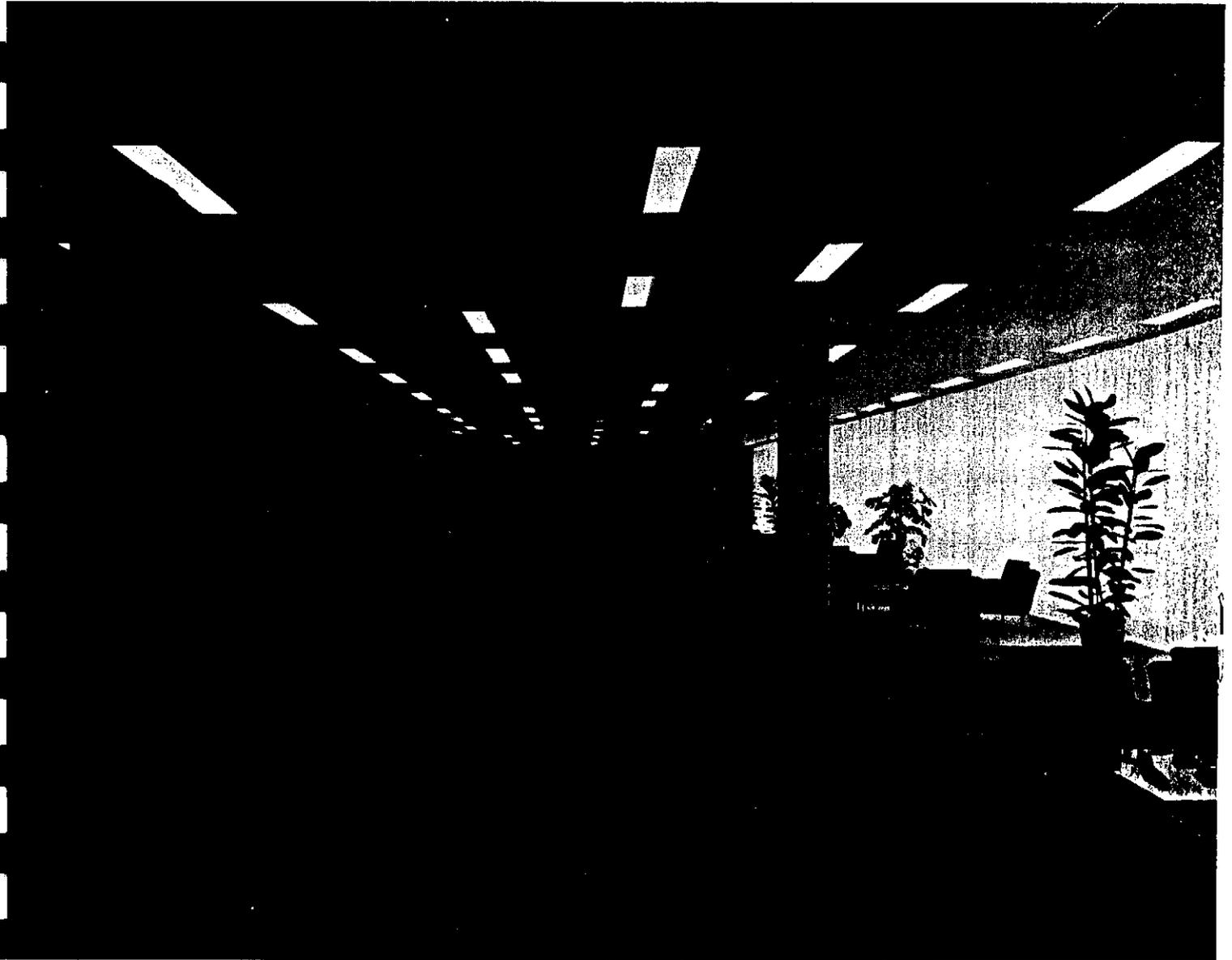
nur die Ausnahmestände sind, die das parlamentarische Regime ins Wanken, womöglich zu Fall bringen, oder ob wir es nicht vielmehr unterlassen — wenn ja, worin —, es den tieferen Bedürfnissen der Gesellschaft anzupassen. Weder ist es, wie mir scheint, würdig noch gerechtfertigt, unsere neuere geschichtliche Entwicklung nur durch Katastrophen zu markieren und die „gute Zeit“ in der eben Ordnung geherrscht habe — in diesem Fall die demokratische —, jeweils rein äußerlich, als handle es sich um völlig verschiedene Zusammenhänge, am Tag vor den Zusammenbrüchen abzuschließen, hinterher dann, so man es übersteht, zu meinen, bloß das Schicksal oder eine Gruppe von Verbrechern sei schuld gewesen. Man muß schon die Konstitution, wie sie nicht im Buche steht, die ihm aber entsprechen soll, weil wir es so für richtig, für zweckmäßig, für bekömmlich ansehen, also die Verfassungswirklichkeit einer kontinuierlichen positiven Kritik unterziehen, damit Schwächen rechtzeitig erkannt und Vorsorgen gegen sie getroffen werden können. Von einem der überragenden Politiker, die die englische Demokratie im vergangenen Jahrhundert hervorgebracht hat, ist der Satz geschrieben worden:

„Wenn es je einen Staatsmann gab, in dessen Karriere es der charakteristische Zug gewesen ist, daß er Dinge herausuchte, welche Verbesserungen erforderten oder zuließen, anstatt zu warten, bis er zu ihnen gepreßt oder getrieben wurde, dann verdient Gladstone diese Auszeichnung.“

Hier können, obgleich wir uns in Hessen befinden, dem selbst die angelsächsische Welt einiges zu verdanken hat, nicht lauter Gladstones und Salisburys, Disraelis und Palmerstons versammelt sein, wohlverteilt über die verschiedenen Parteien, aber doch meine ich, mit einer wenigstens zureichenden Geneigtheit auf Ihrer Seite rechnen zu dürfen, wenn ich es jetzt unternehme, den Parlamentarismus und unsere gesellschaftlichen Verhältnisse miteinander zu konfrontieren. Es geschieht ja überdies nur ausnahmsweise, sozusagen an einem Feiertag. (Heiterkeit)

Das zentrale Problem ist also die Autorität. Politik wird an allen Ecken und Enden der Gesellschaft betrieben, in den Familien, bevor geheiratet wird — nachher übrigens genauso (Heiterkeit) —, und in sämtlichen Gruppen, Gruppierungen, Zusammenschlüssen, Einrichtungen. Alle besitzen sie, um ihre Aufgaben erfüllen zu können und nicht in Interessengegensätzen auseinanderzufallen, Instanzen der Entscheidung, die in Funktion treten, sobald es zum Bestand und zur Fortentwicklung des Ganzen als notwendig erscheint. Wann wäre das nicht der Fall? Fortwährend muß integriert, das heißt aus Teilsichten und Teilabsichten ein möglichst integriertes, deshalb freilich keineswegs perfektes, sondern nur ein zureichend gesundes Ganzes angestrebt werden. In einer Gesell-

Teil der Wandelhalle  
mit Plastik von Gerhard Marcks



schaft der Freien wird das Stück Allgemeinwohl, das im Gegen- und Miteinander der Interessen sich verwirklicht, als tagtägliches Kompromiß zustande gebracht, und man darf sicherlich sagen, daß diese Form der gewiß nicht immer idealen, aber jedenfalls zumutbaren, erträglichen Einigung, vom ehelichen Leben bis zu den Tarifabschlüssen der sonstigen Sozialpartner, die brauchbare Regel bildet. Um in dieser universellen Praxis für gewöhnlich zu Rande zu kommen, bedarf es keines Patriarchen und keines Parlamentariers. Ihrer bedarf es gegen die Gefahr zerstörerischer Konflikte, in denen die Interessen zur Tücke und zur Gewalt übergehen könnten. Das ist allerdings eine stets gegenwärtige Gefahr. Daher muß auch die Autorität präsent sein, jederzeit angriffsbereit.

Höhere Kultur hat bekanntlich zwei Grundvoraussetzungen: die Produktion von Überschußgütern zur Verwendung über die Reproduktion der baren Existenz hinaus und die Bändigung der Willkür durch das mit Macht ausgestattete Recht. Für die optimalen „Bedingungen der Möglichkeit“, sonach für die Entfaltung von Person und Kultur, was ja das gleiche ist, tritt die menschenwürdige Politik auf den Plan, um so eindringlicher, wachsamer und vorausschauender, je mehr vom Ganzen auf dem Spiele steht, am meisten daher im staatlichen Bereich — im Allgemeinsten und Umfassendsten der genannten Bedingungen. Damit der Eingriff, soweit erforderlich, fortgesetzt und ad hoc geschehen kann, zugelassen, ja, in vernünftiger Einsicht gewünscht von den auf die verschiedenste Weise mittelbar und unmittelbar mitwirkenden Bürgern, bedarf es der von der Allgemeinheit wiederum ausdrücklich gebilligten Institutionalisierungen: der Gesetzgebung, der Regierung, des Richteramtes, der Diplomatie, des militärischen Schutzes nach außen, der gesamten Verwaltung, der inneren Ordnungsexekutive, zuletzt, aber wahrlich nicht am geringsten, des Unterrichts aller Stufen und Grade, denn die modernen Nationen sind Schulgemeinschaften.

Verzeihen Sie bitte einem Professionellen der Wissenschaft von der Politik diesen kurzen Exkurs in das Grundsätzliche; er schien mir, lediglich um Mißverständnissen im Nachfolgenden vorzubeugen, am Platz zu sein.

In den Demokratien obwaltet, weil sie sich geschichtlich gegen die Regime der Erbprivilegien von Minderheiten durchzusetzen hatten und zur Freiheit daher die Gleichheit auf ihr Panier schrieben — Chancengleichheit natürlich nur für jede vergleichbare Begabung, sozusagen das universelle Gottesgnadentum also —, ein tiefes Mißtrauen gegen die Bezeichnung Elite. Das vergangene Monopol von Bildung und Macht sollte uns aber nicht davon abhalten, den Tatbestand zu erkennen und anzuerkennen, daß Autorität in der Gesellschaft

die Ungleichheit voraussetzt. Ohnehin sind Gleichheit und Ungleichheit der menschlichen Qualitäten keine absoluten, sondern komplementäre Gegensätze, die zusammen dem Ganzen dienen. Folglich gibt es kein System der Herrschaft, das heißt der institutionalisierten Autorität — in den Demokratien zum Zwecke der freiesten Entfaltung des einzelnen und seiner Gruppierungen —, das nicht auf Sonderbegabungen im Sinne des generell Politischen angewiesen wäre: auf eine spezifische, mit bestimmten Vorrechten auszustattende „*classe politique*“, eine regierende Schicht, die sich aus allen anderen dadurch heraushebt, daß sie imstande ist, *res publica* herzustellen, sie mit allen guten Künsten der Macht zu wahren und weiterzuentwickeln, das allgemeine Interesse und Wohl, auf dem das der einzelnen beruht oder, um den gewohnten Ausdruck einer der gefährlichsten neuzeitlichen Fiktionen der Überpersonalität anzuwenden: den Staatswillen als Notwendigkeit, die *volonté générale* in der politischen Mystik Jean-Jacques Rousseaus, aus der sich ja wohl die freiheitliche wie die totalitäre Demokratie ableiten ließ. Den Willen des Volkes als einer Gesamtheit — das hat die Theorie schon x-mal aufgezeigt — gibt es nicht. Was wir damit meinen, artikuliert sich bei uns in Mehrheit und Minderheiten, die alsbald in Repräsentanz geformt werden: personal, so daß Gruppen entstehen, denen sich Vollmachten übertragen lassen. Ihre Zusammensetzung, ihre Bildung in jedem Sinn ist in der parlamentarischen Demokratie für den Bestand und die Entwicklung der Gesellschaft um so bedeutsamer, als sie während der Mandatszeit nicht abberufen werden können. Die Abgeordneten sind, während sie die Befugnis haben, Autorität auszuüben, ihrem prinzipiellen Souverän — dem Volk — gegenüber dessen faktischer Souverän. In den ständischen Ordnungen stand die politische Repräsentanz in einem direkten Auftragsverhältnis zu den sie Wählenden oder Ernennenden. Der Standesvertreter war abhängig von den auftraggebenden Kollektivinteressen und ihnen gegenüber weisungsgebunden. Ebenso verhält es sich — unter der Kontrolle der Einheitspartei — im Sowjet-system. Die pluralistische Demokratie würde augenblicklich in die Anarchie verfallen, wenn sie dergleichen zuließe. Sie braucht die wenigstens relativ stabile politische Vollmacht zum Ausgleich der enormen Dynamik ihrer gesellschaftlichen Kräfte, auf die es unserem Herrschaftssystem der Freiheit gerade ankommt.

Ich bin nicht der einzige, der indes behauptet, daß die Utopie, allein mit der Methode des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ließe sich, obschon gemeintermaßen nur für eine begrenzte Zeit, die bestmögliche Klasse von Herrschenden zustande bringen, nicht geringer ist als die Illusion des Gottesgnadentums von einst, der zufolge jeweils allein der männliche Erst-

geborene einer bestimmten Blutsverwandtschaft die bevorzugte Herrscherbegabung besitzen sollte. Unsere Utopie, die in der neueren Geschichte freilich nicht ohne segensreiche Produktivität war, mochte hingehen, solange, wie beispielsweise in Frankreich bis weit in unser Jahrhundert hinein besonders deutlich, eine Honoratiorenschaft über das ganze Land hin: allerorten die Rechtsanwälte, die Richter, die Professoren, die Grundbesitzer, die Kaufleute je mit ihrer Klientel im Hintergrund, von ihren verhältnismäßig übereinstimmenden Interessen aus für eine zureichende, nämlich groß- und mittelbürgerliche Integrationsbasis sorgten, so daß die Abgeordneten, die nach Paris gesandt wurden, unbeschadet ihrer formalen Souveränität, ja mit deren Hilfe, die Hauptaufgabe zu erfüllen hatten, einerseits gegen eine zur Übermacht neigende zentrale Administration die regionalen und lokalen Interessen zu vertreten, andererseits um die Einheitlichkeit der nationalen und der kapitalistischen Ordnungen nach innen und nicht zuletzt nach außen wirksam bemüht zu sein.

Seit dem Aufstieg der Industriearbeiter- und Industrieangestelltenschaft aber, insbesondere seitdem die Gesellschaft in immer differenzierterer Weise die Arbeitsteilung und Arbeitskollektivität großräumig sowie international interdependent geworden ist, kann — und dies sind nicht die einzigen Ursachen einer solchen Fortentwicklung — von selbstverständlichen und allgemeinen Übereinstimmungen gerade in der klassennivellierten Gesellschaft keine Rede mehr sein; ihre Interessen und Anschauungen sind in vielfacher Verschlungenheit gegensätzlich.

Was die Parlamentarier daher tun oder nicht tun, ist in einem solchen gesellschaftlichen Stadium, das außerdem dadurch gekennzeichnet ist, daß es in der politischen Globalisierung unserer Probleme auf die wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Lösungen mindestens ebenso ankommt wie auf die diplomatischen und militärischen Maßnahmen, teils in seiner Wirksamkeit beschränkter als früher, teils jedoch von viel größerer Tragweite. Die Paradoxie kann unseren Untergang zur Folge haben. Es lohnt sich daher schon, im Kreise vor allem von Parlamentariern, kritisch und selbstkritisch zu sein, sich zu fragen, wie es um die Konzepte vom Ganzen jeweils bestellt ist, ob die unge lösten, nach einer Lösung drängenden Probleme der Gesellschaft rechtzeitig erkannt und die geeigneten Methoden entwickelt sind, ihrer Herr zu werden, ob sich an der Zusammensetzung und an der Bildung dieser unserer existenzbestimmenden politischen Auslese nicht vielleicht doch einiges verbessern ließe, solange Zeit dazu ist.

In der freiheitlichen Demokratie, deren Klassengegensätze sich mit zunehmendem Wohlstand und sich ausbreitender Chancenvergleichbarkeit abgeschwächt

haben und hoffentlich weiter bis zur vollendeten Wirtschaftsdemokratie abschwächen werden, entsteht die herrschende Schicht der politischen Repräsentanz auf eine dreifache Weise: aus den zahlreichen Interessen- und Willensströmungen im Lande über die regelnden Apparaturen der Parteien durch allgemeine Wahl. Jeder der drei Bereiche birgt Besonderheiten in sich, von denen wir keineswegs sagen könnten, daß wir sie bis jetzt befriedigend, die Zukunft garantierend meistern.

40 Jahre ist es schon her, daß Roberto Michels sein auch heute noch studienwertes Werk „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ veröffentlicht hat. Er war, was die Aussicht der meisten Menschen betrifft, in ihrem politischen Urteil und ihrer politischen Entschlußkraft mündig zu werden, ein Pessimist, so daß er die parlamentarische Demokratie unter den verschiedenen Systemen, die sich anbieten, lediglich als das kleinste Übel ansah — welche Ansicht im übrigen Winston Churchill ja in den Satz gekleidet hat, es gäbe keine schlechtere Herrschaftsform als die Demokratie, alle jene ausgenommen, die wir in der Geschichte sonst bereits ausprobiert hätten. Ein anderer großer Politiker hierzulande hat gesagt, daß Gott der Intelligenz der Menschen Grenzen gesetzt habe, nicht jedoch ihrer Dummheit, und man wird zugeben, daß eine solche Überzeugung nicht die geeignete Ausgangsgrundlage für die unablässige Aufklärungsbemühung ist, ohne die es — wenn überhaupt — demokratisch in der Politik auf die Dauer nicht zugehen kann.

Aber man braucht kein Pessimist, kein Menschenverächter und kein Zyniker zu sein, um einsehen zu müssen, daß die differenzierende Arbeitsteilung den sozialtechnischen Fortschritt bedingt — ich gebrauche Worte Hans Kelsens aus seiner in den zwanziger Jahren erschienenen kurzen kritischen Untersuchung „Vom Wesen und Wert der Demokratie“ —, und daß, je komplizierter die industriewirtschaftliche Großgesellschaft wird, nicht der Einfluß der Massen in Wirklichkeit steigt, wie es äußerlich und bei spektakulären Gelegenheiten den Anschein haben mag — etwa wenn der besagte Geist der Geschichte sichtbar an uns vorüberzieht —, sondern im Gegenteil die Minderheiten, die sich als sachzuständig qualifizieren, um so bestimmender werden. Auch in der Politik. Darin liegt gerade, sobald sich auch nur einige wenige finden, die keinen Respekt vor den Menschen haben und entschlossen sind, sie radikal zu täuschen, die Gefahr des Umschlags in die Manipulationsregime mitbegründet, — eine Gefahr, die in kritischen, nicht ohne starke Autoritätseingriffe zu bewältigenden Situationen akut wird.

Notwendige Organisation hat in der Tat Hierarchie zur Folge. Und so läßt sich die Wirksamkeit dessen, was Michels das „Ehernen Gesetz der Oligarchiebil-

„dung“ genannt hat, insbesondere für das Massenzeitalter nicht gut in Abrede stellen. Die Führungen bestimmen weitgehend auf Grund ihrer mannigfachen Überlegenheiten und mit Hilfe der Apparaturen, die sie beherrschen, mit Hilfe der speziellen Kenntnisse, die sie besitzen, die Voraussetzungen der erforderlichen Beschlüsse. Aus der Fiktion von der absoluten Souveränität des Volkswillens formen die Parteien die relativ erträgliche Wirklichkeit der Repräsentanz; auf Kosten des Ideals der Freiheit wird die Freiheit selber so am Leben erhalten. Ich wüßte nicht, wie es pluralistisch anders sein könnte, aber man kann sich vorstellen, daß sich an diesem Vorgang einiges Wichtige verbessern ließe. Zum Beispiel — ich sage da natürlich nichts Neues — die Durchschaubarkeit der Parteien, ihre eigene sogenannte innere Demokratie, angefangen bei den Finanzierungen. Allzuviel sollte man in dieser Hinsicht an öffentlichem Nutzen freilich nicht erwarten, — das Michels'sche „Gesetz“ wohnt der massengesellschaftlichen Entwicklung inne.

Mir schiene ein anderer Weg gangbarer und aussichtsreicher zu sein: dafür zu sorgen, daß sich in den Reihen unserer politischen Repräsentanten die Zahl derer vermehrt, die systematisch dafür geschult sind, die Probleme der heutigen Gesellschaft zu sehen und in den Griff zu nehmen. Man verstehe mich recht: Ich bin für die Politik das Gegenteil eines Perfektionisten; mein Gang- und gäbe-Zauberwort ist das „zureichende Minimum“, das gerade Genügende und Erreichbare als das je Optimale. Die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, so hören es von mir die angehenden Ingenieure an der Technischen Hochschule in Darmstadt, ist in der Mathematik die Gerade, im verwickelten Kräftefeld, mit dem es die Politik zu tun hat, die Katastrophe. Alle Politik ist notwendigerweise umwegig, niemals direkt. Daher verfechte ich selbstverständlich auch nicht die Perfektionierung der Parlamente, wo dächte ich hin, und noch dazu hier, in Ihrer ureigensten Mitte! (Heiterkeit) Nein, ich meine nur, daß es berechtigt ist, sich zu fragen, warum unter allen qualifizierten Berufen, die es in unserer hochzivilisierten Gesellschaft gibt, just der Beruf, von dem unser aller Schicksal abhängt, überhaupt keine geordnete Nachwuchspflege haben soll.

Ich weiß, ich weiß: ... das Charisma ..., man muß es in sich haben ..., Gesinnungsethik und Verantwortungsethik — jeder frischgebackene Jünger des Positivismus hält einem die angeblichen Elementareinsichten, aus Max Webers berühmter Rede „Politik als Beruf“ herausgelesen, entgegen, und die die schlechteren Suppen kochen, die wir auszulöffeln haben, verschmähen es ja, wenn es tunlich erscheint, ebenfalls nicht, sie mit geeigneten Professorenzitäten zu würzen, damit man zufrieden bleibt. Mich kümmert das nicht. Es versteht

Foyer und Durchgang  
zur Wandelhalle und zum  
Plenarsaal



sich von selbst, daß jede qualifizierte Tätigkeit die entsprechende Begabung voraussetzt. Aber wenn behauptet wird, Instinkt sei es, durch den der Himmel den großen Politiker auszeichnet, so antworte ich den Alten und den Jünglingen: Bei der Erde, auf der es uns wohlergehen soll, trotz allem, der Mensch lebt und behauptet sich nicht wie das Tier aus Instinkt, sondern er orientiert sich anders: als Wesen der Möglichkeiten immer zwischen Alternativen. Und da kann man, der Erfolg läßt sich beweisen, noch die großartigsten angeborenen Qualitäten seriös entwickeln — zur Meisterschaft nämlich, wie in der Kunst, wie in der Pädagogik, in der Medizin, in der Navigation, in der Wissenschaft, wie in jedem Beruf. Lassen Sie mich, was die künftige Ausbildung derer angeht, denen wir das Geschick des Landes und das unserer Kinder in heutiger Zeit anvertrauen, einen Moment träumen:

— nein, vorher soll ihr Bild treffend uns vor Augen stehen!

Die Parlamentarier haben das gediegene Grundwissen, das sie instandsetzt, jeden wichtigen aktuellen Zusammenhang, den ihnen spezifische Sachverständige erläutern, zu verstehen, und sie kennen die Nöte und Wünsche der Bezirke, die sie im besonderen vertreten. Sie sehen überall im Bedeutsamen die Konfliktmöglichkeiten voraus, beraten die Alternativen, bringen die wesentlichen Argumente vor und wägen sie gegeneinander ab. Sie besitzen Entschlußkraft, um die gesellschaftlich notwendigen Initiativen zu entfalten und sich entfalten zu lassen. Ihr Sinn ist unabhängig, wachsam und offen. Sie sind geschult darin, frei zu debattieren — nicht wie ich hier, was sie vorzubringen haben, vom Blatte abzulesen! Hat da doch neulich in Robert Lembkes Fernsehsendung „Heiteres Beruferaten“ ein Parlamentsstenograph von Baden-Württemberg die Keckheit besessen, zu behaupten, die meisten Abgeordneten könnten sich nicht richtig ausdrücken, bei den Ausschubarbeiten oft kaum einen einwandfreien Satz bilden, freilich unter dem schrecklichen Zeitdruck, von dem sie immer befallen seien, meinte er, so daß die Herren Stenographen die aufgenommenen Reden stilisieren müßten, um sie leserlich zu machen! Nicht möglich, so etwas, wenigstens wir in Hessen, nicht wahr, nehmen ihm das nicht ab! (Heiterkeit und Beifall). Um aber in der Liste der Vorzüge, die ja wohl Eigenheiten des Parlamentarierberufes genannt werden können, fortzufahren: sie praktizieren, obgleich in der Sache, die sie jeweils verfechten, fest, trotzdem den Willen zu fairem Ausgleich; denn sie verabscheuen den Satz jenes mittelalterlichen Generals, der seiner damals konfessionellen Soldateska vor dem Sturm auf eine gegnerische Stadt die Frage, wie sie die rechtgläubigen von den Fehlgläubigen unterscheiden könnten, mit den Worten beantwortet hat: „Haut nur drein, Gott wird die Seinigen schon erkennen!“ (Heiterkeit). Unsere

Repräsentanz verbindet mit der Allgemeinwohlgerechtigkeit, die sie als stets von neuem zu erörternde und immer erörterbare Folge von Zweckmäßigkeitsforderungen ansieht, die Toleranzbereitschaft, die der Minderheit die Chance läßt, vielleicht recht zu haben, eines Tages Mehrheit zu werden und dann ein Stück der eigenen Weisheit in das bleibende, stützende Kompromißgefüge der Gesellschaft einzubringen. Die Mitglieder unseres Modellparlaments bestellen überdies, und das ist ihre beste Leistung, eine stabile Regierung, deren Wege, Maßnahmen und Absichten sie zwar unnachsichtig kontrollieren, deren Autorität sie aber, dem Lande ein Vorbild, nie den Respekt verweigern. Kurzum: Wer ein guter Christ ist, der betet am besten für unsere Parlamentarier um wenigstens die fünf ersten der sieben Gaben des Heiligen Geistes, welche da sind: Kluge Umsicht und Starkmut, Gewissen, Weisheit und Wissenschaft — und die beiden letzten würden ihnen ja auch nichts schaden: Furcht Gottes und Frömmigkeit.

Meine Herren — die Damen wage ich schon gar nicht mehr anzusprechen —, ich fühle mich durchaus nicht als Prediger hier, ich habe das alles nur angeführt, um meine Anregung zu rechtfertigen, daß man für die Berufsausbildung der Parlamentarier eigentlich etwas tun müßte — nicht aller Parlamentarier, wie gesagt, sondern nur derer, die es in jüngeren Jahren danach verlangt, ihre Neigung und den Entschluß, sich ganz der Politik zu widmen, ein wenig durch systematische, nicht bloß durch die natürlichen und die im Laufe des Lebens halt zu erwerbenden Kenntnisse zu unterbauen. Ich stelle mir das etwa so vor: Wer hauptberuflich in die Politik gehen will, der kann, aus welcher Gesellschaftsschicht und von welchem Bildungsweg er auch kommen mag, an einer Akademie, die zu schaffen wäre — als Stiftung des deutschen Volkes, unter der Schirmherrschaft des jeweiligen Bundespräsidenten —, zwei, drei Jahre lang Vorlesungen aus Geschichte, Soziologie und einigen besonderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen besuchen, Übungen in Rhetorik, wie im ganzen hohen Mittelalter, nicht ausgeschlossen! Abschließende Kolloquien im Beisein aktiver Politiker — die ja auch sonst in die Akademie ihre Erfahrungen mit einbringen könnten — wären alljährlich öffentlich und dadurch vielleicht ein Ereignis. Dann würde der Kandidat, dem das Kolloquiumskollegium generell bestätigte, daß er qualifiziert sei, diesen Ausbildungsweg fortzusetzen, auf Kosten der Nation mehrere Jahre lang in verschiedenen Regionen der Welt zubringen, um im Kontakt mit unseren Auslandsvertretungen und mit den lebendigen Kräften der betreffenden Länder internationale Probleme und Zusammenhänge kennenzulernen. Zurückgekehrt hätte er sich, innerhalb der Partei, der er sich zugehörig weiß oder fühlt, weitere zwei Jahre als parlamentarischer Sekretär zur

Verfügung zu halten, und dann kann er, sofern seine Freunde dies für zweckmäßig ansehen, dem Volk zur Wahl gestellt werden. Auf diese Weise würde allmählich Jahr für Jahr vielleicht ein Dutzend politisch besonders geschulter junger Leute in die Reihen der Parlamentarier einrücken und vor allem die Zahl derer vermehren, die die Ausschüßarbeiten zu leisten haben. Der eine oder andere würde gewiß auch in den großen Debatten, die das ganze Land interessieren, von solcher Stelle aus zusätzliche Kräfte in Bewegung setzen.

Sie sehen, ich meine es nicht akademisch, mit Zeugnissen und Diplomen, hochgestochen, — nichts dergleichen. Die Fraktionen des Bundestages haben ihren Parteien in diesem Frühjahr 15 Millionen DM, nicht einmalig, sondern regelmäßig gedacht, für die politische Bildungsarbeit zugesprochen, — wie wäre es mit einer gemeinsamen Initiative in der hier angeregten Richtung?

Die Generalschwierigkeit, die den heutigen Parlamenten indes zu schaffen macht, ist die Malaise mit dem, was man den „Verbändestaat“ genannt hat, was eigentlich besser als das Verbandsstaatsunwesen bezeichnet würde. Ungezählte, einander teilweise widerstrebende Interessen im Lande sind durch ihre hauptamtlichen Vertreter bemüht, die politische Repräsentanz für ihre Partikularwünsche zu gewinnen. Es geschieht mit lautlosen, lauten, lauterem und unlauteren Methoden, (Heiterkeit) jedermann weiß davon. Sieht man einmal davon ab, daß es just im freiheitlichen System eine Art ubiquitärer Viruskrankheit gibt, die die Leute gesetzessüchtig macht, so ist es eine ganz und gar gesellschaftsnatürliche Sache, wichtige Eigeninteressen in Einklang mit dem Allgemeininteresse bringen zu wollen. Begreiflicherweise sind die meisten und in der Regel gerade die Mächtigen darauf aus, die Lasten des Eigeninteresses dabei gering zu halten, ja sich ihren Vorteil, unter Ideologisierung durch Prinzipien und Ideale, gesetzlich zu fixieren. Das ist selbstverständlich nicht die Aufgabe unserer politischen Repräsentanz, im Gegenteil. Aber die ökonomischen und sozialen Gruppeninteressen müssen gesehen, ihre Probleme müssen, wenn sie in die Bedingungen der Freiheit für andere hineinragen, behandelt werden. Was dem parlamentarischen System im Verhältnis zu unserer pluralistischen Gesellschaft offensichtlich fehlt, ist die reguläre Mediatisierung der gesellschaftsrelevanten Partikularinteressen: die sie regelrecht vermittelnde Organisation. Wir hier in Hessen haben gewisse Ansätze dazu, die nicht unnützlich sind, soweit man sich ihrer bedient: vor allem den Wirtschafts- und Sozialrat mit einem nichtbehördlichen Unterbau im Lande. Das genügt aber nicht. Die Gesellschaft von heute bedarf ohne Zweifel einer umfassenden ökonomisch-sozialen Rahmenplanung, damit das Maximum an Freiheit, wie wir sie gewohnt sind und meinen, entstehen und bestehen kann. Es gehörte zur Grunddialektik

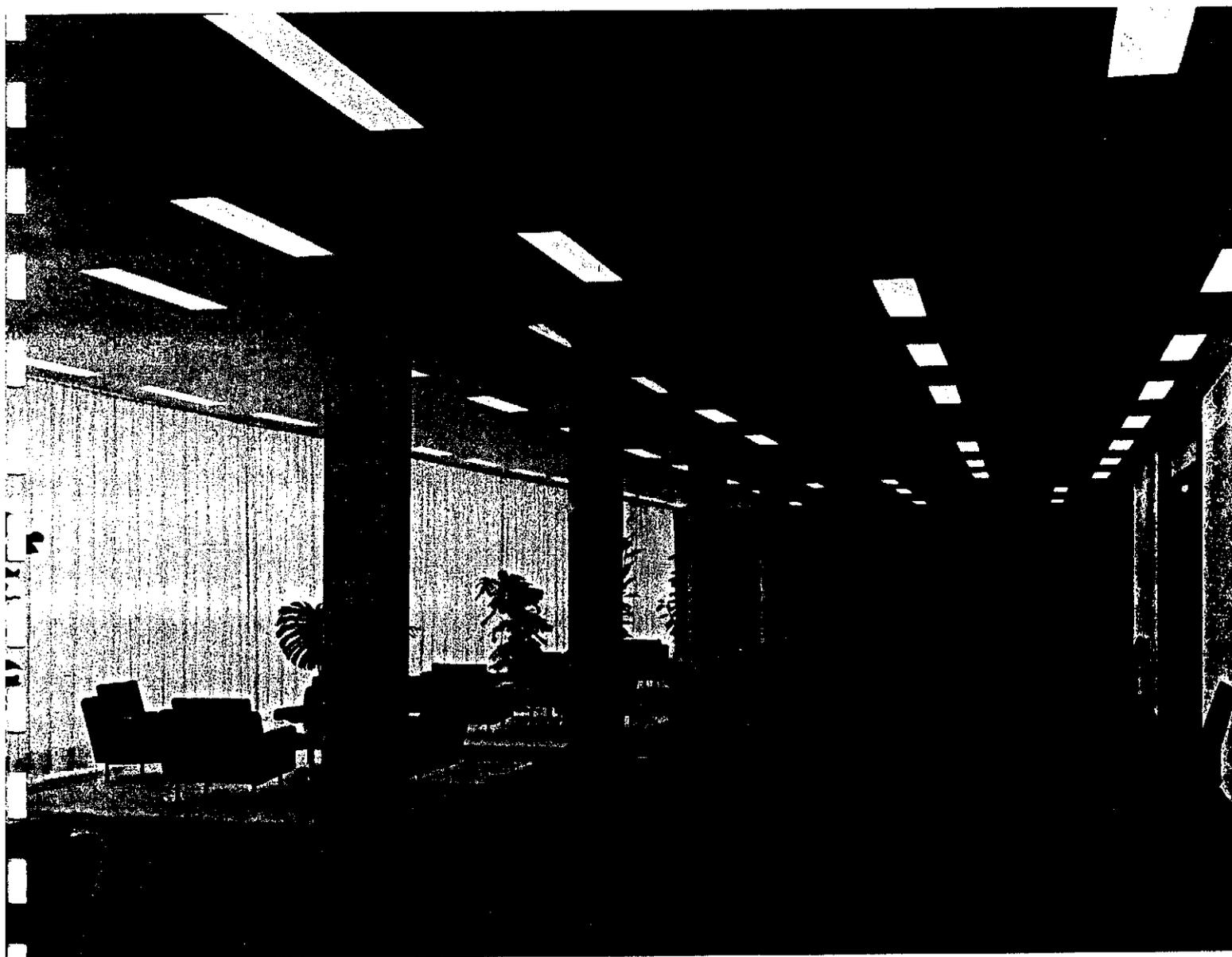
der industriewirtschaftlichen Entwicklung in den Formen, in denen sie sich, grob bezeichnet, während der letzten 150 Jahre abgespielt hat, daß die entfesselten Privatinitiativen, die so Vieles und teilweise Großartiges geleistet haben, nicht zu der von der liberalen Weltanschauung erwarteten Harmonie führen konnten, sondern in das Gegenteil umschlagen mußten: in die Notwendigkeit, für positive und allgemeinverbindliche Richtlinien zu sorgen, damit der berechnete Eigennutz überhaupt noch zum Zuge kommen kann. Das gilt heutzutage nicht nur für Licht, Luft, Wasser, Wälder, Wege, Verkehr, Boden und sonst einige Grunderfordernisse gesunden Lebens, denen die ungezügelte Privatinitiative auf die Dauer nicht gerecht geworden ist, sondern für sehr viel mehr. Und vor allem müssen die im öffentlichen Interesse liegenden Verwendungen durch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung sowie ein Nationalbudget rechtzeitig, auch im Vergleich der Jahre und über einige Zeitstrecken hin, überschaubar gemacht werden. Es versteht sich von selbst, daß kein freiheitlich Gesinnter die Absicht hat, gegen das bestehende System des staatlichen Dirigismus Vorschub zu leisten. Wir wünschen nicht, durch Bürokraten reglementiert zu werden. Aber ist es heute nicht gerade das wohlfunktionierende Zusammenspiel zwischen den Fachleuten der mächtigen Organisationen und der sachkundigen Beamtschaft der Ministerien, das häufig genug zu jenen Vorentscheidungen führt, denen sich die Parlamente dann in den Beschlußfassungen kaum mehr zu entziehen vermögen? Ich vermute stark, daß dies der wirkliche Vorgang ist, der dem von Helmuth Schelsky unlängst im nordrhein-westfälischen Forschungsrat dargestellten Prozeß der angeblichen Versachlichung der Politik zugrundeliegt, so daß sie aus einem Geschäft der Entscheidung für eine unter jeweils mehreren Möglichkeiten eins der Zustimmung zu zwingenden, weil als rational erwiesenen Notwendigkeiten würde. Ja, die Spezialisten arbeiten mit allen ihnen zugänglichen Methoden der angewandten Wissenschaften, und die Politiker meinen dann, wenn ihnen die Resultate unterbreitet werden, den reinen Sachverstand vor sich zu haben — nicht alle meinen es, glücklicherweise, nicht alle ... —; gießen sie, trotzdem ein wenig mißtrauisch und je nach Parteiposition dem Allgemeinwohl im Moment gerade unbelasteter zugewandt, pur der Sicherheit halber, mit Blick auf die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft — das nennt man dann Instinkt! —, aufs Geratewohl Wasser in den allzu fachlich zubereiteten Wein, so gelten sie als eine Art Pfuscher.

Die Dinge sind verdreht, man muß sie gegen allerlei vertraut gewordene ideologische Vorstellungen, ob diese nun kapitalistischer oder marxistischer Herkunft sind, ins Lot bringen. Dazu gehört auch hier ein Stück

Institutionalisierung, — lediglich Hilfe für die Freiheit, nicht ihre Ersetzung. Ich hoffe, die hier mitversammelte Gemeinde von durch und durch erfahrenen Verteidigern des parlamentarischen Status quo wird es mir nicht übelnehmen, daß ich mir erlaube, noch eine zweite ziemlich weitgezielte Anregung zu geben. Das Vorbild des französischen Plankommissariats läßt sich zwar nicht einfach auf unsere Verhältnisse übertragen, zum einen, weil bei uns die Grundindustrien nicht wie in Frankreich weithin nationalisiert sind, zum andern, weil wir hierzulande viel zu grundsätzlich, viel zu juristisch und sofort perfektionsbesessen wären, so daß ein Plankommissariat in der Rolle, die es in Frankreich hat — im übrigen durchaus freiheitsdurchwachsen auch dort —, bei uns wohl scheitern müßte. Aber vielleicht könnte man, auch um den immer wieder einmal geäußerten Vorschlag einer eigenen Wirtschafts- und Sozialkammer neben dem Parlament auszuweichen, folgende geordnete Zusammenarbeit ins Auge fassen: Ein Plankommissariat würde zu der zentralen Stelle gemacht, an der einerseits die vom Parlament angeforderten Wirtschafts- und Sozialgutachten auszuarbeiten, andererseits alle Regelungsvorschläge, die von den organisierten Partikularinteressen kommen, zu bearbeiten wären. Das Ergebnis dieser zweiten Art würde einem Spitzengremium zur Beratung übergeben, das aus Vertretern der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, der Gewerkschaften, der Bauernverbände und der Verbraucherorganisationen zu bilden wäre. Käme man dort zu der Auffassung, daß es in der Tat wünschenswert und angebracht sei, den Gesetzgeber mit der so vorbehandelten Angelegenheit zu befassen, so wären die Unterlagen den Parteien und der Regierung zuzuleiten. Hierauf könnte, von der einen oder von der anderen Seite, sofern es der politischen Repräsentanz tatsächlich zweckmäßig erscheint, eine Gesetzesinitiative erfolgen. Die dafür erforderlichen Ausarbeitungen auf Grund der vorhandenen Materialien wären Sache der Ministerialbürokratie und der Parlamentsausschüsse.

Die Vorteile eines solcherart eingerichteten Verfahrens — also der systematischen Mediatisierung der zur Politik drängenden Verbandsinteressen — scheinen mir auf der Hand zu liegen. Da ich mich aber möglicherweise, verführt durch eine entwickelte Vorstellungskraft, täusche, möchte ich sie gleichwohl der Sicherheit halber aufzählen. Der Existenzberechtigung der Pressure Groups, insbesondere in der Form der Lobbyisten, die auf die Parlamentarier im Zwielicht von Privatinteresse und Allgemeinwohl einzuwirken versuchen, wäre der Boden entzogen. Man könnte direkte Verbandsinterventionen beim Gesetzgeber, wenn man dies dann noch für notwendig halten sollte, sogar unter Sanktion stellen. Es bliebe hinfort bei den sonstigen Public Relations der organisierten

Westseite der Wandelhalle  
des Plenarsaals



Interessen mit den übrigen Kräften der pluralistischen Gesellschaft, insbesondere mit der Presse, die in unserem System der Demokratie ihre Öffentlichkeitsaufgabe — der Unterrichtung, der Meinungsbildung und der Kontrolle —, weil wir von den Anfängen an daran gewöhnt sind, ja mit privatwirtschaftlichen Gewinnen, durch Verkaufspreis und Inserate, verbinden darf. Die hier nur eben anskizzierte institutionalisierte Zusammenarbeit der in Betracht kommenden Instanzen hätte außerdem den Effekt, daß Parlament und Regierung über die Absichten und Wünsche der Verbände stets sachgemäß, gründlich, rechtzeitig und unaufgeregt informiert würden. Die Ausschüsse, deren Überbürdung notorisch ist, sähen sich entlastet. Der Gefahr eines durch die unerläßlichen Spezialkenntnisse verursachten Übergewichts der vereinigten Bürokratien wäre vorgebeugt. Der Gesetzgeber hätte die volle Souveränität der Entscheidung zwischen klar aufbereiteten Alternativen, die sich überdies in Mehrheits- und Minderheitsvoten sowohl des Plankommissariats wie des Spitzengremiums der Kammern, der Gewerkschaften, der Bauernverbände und der organisierten Verbraucherschaft darstellen könnten. Vermutlich würden manche Gesetze, bei denen es den Parlamentariern heute, aus dem oder aus jenem Grunde, pressiert, in Zukunft so ausfallen, daß nicht sofort hintereinander weg Novellierung um Novellierung notwendig würde.

Bleibt, nach den Problemen eines Beitrags zur Verbesserung der politischen Führungsauslese und zum grundlegenden Verfahren der Interessenintegration, das der Regierungsstabilität in den parlamentarischen Demokratien. Die meisten europäischen Länder — genau betrachtet nur mehr mit Ausnahme von Italien und, im Abstand, Belgien — haben bereits, sei es in ihren Verfassungen, sei es in Traditionen, an die sich alle Parteien halten, den sogenannten reinen, an den modernen gesellschaftlichen Bedürfnissen gemessen gefährlichen, manchmal sogar verhängnisvollen Parlamentarismus, den die Angelsachsen und die Schweizer bekanntlich bei sich schon von vornherein nicht eingeführt haben, korrigiert. Die Bundesrepublik, die von 1949 an, in den ersten beiden Legislaturperioden, unter den überaus schwierigen Verhältnissen von damals, zweifellos einer starken Regierungsautorität bedurfte, ist durch das sogenannte konstruktive Mißtrauensvotum, wie es um die Gesinnungen und um die Bereitschaften bei uns nun einmal bestellt ist, schon fast allzu sehr gegen einen Wechsel in der obersten Verantwortung geschützt. Anderswo sorgt die „Weisheit der Wähler“ für die Parlamentsmehrheiten, die eine gediegene Regierungsbildung erlauben. Im allgemeinen kann man sagen, daß es bereits eher wünschenswert wäre, das Profil und die Leistungsfähigkeit der politischen Vertretungen in den pluralistischen Demokratien wären, im Vergleich zum Profil

und zur Leistungsfähigkeit der Exekutiven, die von ihnen abhängen sollten, markanter; fast allorts zeigt sich unter dem Druck der akuten internationalen und der innergesellschaftlichen Probleme ein zunehmendes Bedeutungsübergewicht der Administrationen und ein Zurücktreten des Einflusses der Parlamente.

Die Bevölkerungen spüren das längst: das Ansehen der politischen Repräsentationen ist so gut wie überall in unseren westlichen Demokratien nicht das beste, und es nimmt fortwährend noch ab. Dabei ist es nicht so, als ob die Wählerschaften das Parlieren satt wären, — man hört die Reden, selbst die „zum Fenster hinaus“, gern, wenn sie nur als realistisch empfunden werden können, wenn sie Perspektiven eröffnen, und wenn sie feststellbare, deutlich ins Bewußtsein tretende Macht ausdrücken. An allen drei Merkmalen hapert es in den meisten Fällen. Deshalb besteht, sollte sich dieser Prozeß fortsetzen, die tatsächliche Gefahr, daß eines Tages andere dem Beispiel Frankreichs folgen und mit dem Parlamentarismus die Demokratie selber abbauen könnten. Eine kräftige Erholung wäre daher am Platze. Die Herausforderungen, die sich aus unseren Verhältnissen ergeben, sind groß genug, sowohl die Phantasie als auch die Entschlußkraft überdurchschnittlich, wie es den mannigfach erforderlichen Entscheidungen entspricht, anzupassen.

Ich erwähnte vorhin die „Weisheit der Wähler“, — das war nicht ganz aufrichtig gemeint; es handelt sich mehr, ich muß mich berichtigen, um Willigkeit denen gegenüber, die das Heft in der Hand halten und ihre Sache, nach dem Urteil der Mehrheit, vorerst nicht schlecht gemacht haben, um welche parteipolitische Färbung es sich in diesem oder in jenem Lande auch handeln mag. Die Losung des wirtschaftsagilen politischen Quietismus heißt überall — hieß zumindest bis ins vorige Jahr hinein — in Europa gleicherweise — „möglichst — Keine Experimente!“. Hinter dieser Parole versteckt sich eine geradezu schreckliche Verkennung unserer gesellschaftlichen Lage und ihrer Probleme. Man könnte nun meinen, wenn dem so ist, dann dürfe man doch nicht erwarten, daß die Qualität der Parlamente von der der Wähler augenfällig absteche. Aber das scheint mir ein Irrtum zu sein: die Abgeordneten, die aus allgemeinen Wahlen als „Repräsentanten des Volkes“ hervorgehen, sind heutzutage mitnichten, wie ich durch den Hinweis auf das — beinahe — „Ehrene Gesetz der Oligarchiebildung“ angedeutet habe, wie automatisch das Abbild der gesellschaftlichen Kräfte, auch wenn sie auf deren Veranlassung und mit deren Hilfe in die politische Führungsposition gelangen. Ich erwähnte es ja schon: die faktische Souveränität liegt bei den Gewählten, sobald die Wähler von ihrer im Turnus der Jahre nur einmaligen Gebrauch gemacht haben. Infolge-

dessen liegt auch die Verantwortung zu den notwendigen Reforminitiativen bei der politischen Repräsentanz.

Natürlich wäre es anders, für die Parlamentarier in gewissem Sinne besser, wenn Weisheit — oder auch nur vernünftige Einsicht — in der Wählerschaft bereits weiter verbreitet wäre. Aber darauf kann man nicht warten, die freiheitliche Demokratie ist beileibe nicht bloß in Deutschland ein langer und mühseliger, ein noch nicht annähernd abgeschlossener Bildungs- und Einübungsprozeß. Glücklicherweise gibt es überall aktive Minderheiten, die das Werk des allgemeinen Fortschritts besorgen, — produktive Unruhegruppen, denen das Werk der geduldigen Aufklärung, der ebenso geduldigen, aus Prinzipien und Erfahrungen gespeisten Erziehung, die der Demokratie die allgemeinen Voraussetzungen schaffen, am Herzen liegt. Sie sollten von diesem Saal aus, in dem nun das parlamentarische Herz des Landes hörbar wird, Ermutigung erfahren.

Es lebe Hessen!

(Beifall)

Präsident des Hessischen Landtags  
HEINRICH ZINNKANN

Herr Professor Kogon, ich darf Ihnen für Ihren Vortrag recht herzlich danken.  
Es spricht nun Herr Oberbürgermeister Georg Buch.

Foyer des Plenarsaals  
mit Sitzgruppen



Herr Präsident,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Am heutigen Tag der Einweihung des neuen Plenarsaals gehen unsere Gedanken zurück in die Tage der Gründung des Landes Hessen. Damals mußte vieles aus der gegebenen Situation entschieden werden, Entscheidungen, die uns zuweilen Sorgen bereiten. Die Wahl Wiesbadens zur Hauptstadt des Landes Hessen wurde mitbestimmt von der Tatsache, daß Wiesbaden nicht so stark zerstört war und daß das ehemalige Stadtschloß sich anbot.

Inzwischen sind 17 Jahre ins Land gegangen. Der Aufbau unseres Landes ist wacker vorangeschritten, die Städte haben ihr Bestes getan, und man kann heute feststellen, daß manche zerstörte Stadt aus dieser Tatsache heraus — so grausam das Schicksal gewesen ist —, mit manchen Schwierigkeiten besser fertig werden kann, als die Stadt, die zu vertreten ich die Ehre habe.

Wir sind in der Innenstadt gebunden an die geschichtlichen Verkehrsadern, die heute in allen Belangen sich als unzulänglich erweisen, woraus sich auch die Parkplatznöte erklären. Daher sind wir bestrebt, Verbesserungen zu schaffen. Ich darf dem Herrn Präsidenten dafür danken, daß er bei der Planung des neuen Plenarsaals auf diese Gesichtspunkte Rücksicht nahm und wenigstens für einen Teil der Abgeordneten eine erträgliche Situation schuf. Meine Damen und Herren! Es ist bekannt, daß wir in Wiesbaden zur Zeit dabei sind, unsere Planungen zu überprüfen und einen Generalverkehrsplan zu gestalten. Die Durchführung der aus der Planung sich ergebenden Maßnahmen kostet aber sehr viel Geld.

Um so mehr darf ich den Dank aussprechen, daß uns der Landtag treu geblieben ist, was nicht allen leicht gefallen sein dürfte. Innerhalb unserer Stadt hätten wir vielleicht das eine oder andere Projekt gehabt — ich erinnere an das Biebricher Schloß — das vom Verkehrsstandpunkt aus und im Hinblick auf Parkmöglichkeiten günstiger gelegen wäre. Der Ausbau jedoch hätte ein

Vielfaches des Betrages erfordert, der hier im Stadtschloß für die Erstellung des Plenarsaals notwendig gewesen ist.

Wer sich noch einmal die engen Verhältnisse des alten Plenarsaals vergegenwärtigt, wird zum mindesten verstehen, daß dieser Neubau notwendig war. Dem Herrn Präsidenten sei Dank gesagt, der sich mit der ihm eigenen Begeisterung und Willenskraft zum Schluß durchgesetzt hat.

Als Repräsentant der Stadt Wiesbaden möchte ich auch Dank sagen für die städtebauliche Gestaltung.

Es ist nicht unbekannt, und hier befinden wir uns in der Gesellschaft anderer Städte, die im Krieg nicht so sehr zu leiden hatten, daß von uns Sanierungsaufgaben erfüllt werden müssen. Dabei handelt es sich sowohl um aus der geschichtlichen Entwicklung sich ergebende Aufgaben als auch um die Bereinigung von Sünden der Vergangenheit. Diese Neugestaltung wird nicht von heute auf morgen möglich sein. Sie wird mit Bedacht, im Hinblick auf die Zukunft jedoch konsequent durchgeführt werden müssen. Insoweit hat die Stadtverwaltung bereits eine Vorleistung getroffen, als sie im Laufe der Jahre das Eigentum von zwei Dritteln der Fläche, die im engen Raum der Innenstadt zu sanieren ist, erworben hat.

Wenn der Herr Präsident, das Präsidium und die staatliche Bauverwaltung nicht nur aus dem Zwang der Gegebenheiten heraus, sondern auch in Übereinstimmung mit der zukünftigen Gestaltung unserer Innenstadt eine Lösung gefunden haben, die sich vorteilhaft in das zukünftige Bild einfügt, dann sind wir dafür aufrichtig dankbar. Die heutige Rückseite des Anbaus wird einmal ein Schmuckstück sein, wenn aus dem Alten Neues entstanden sein wird. Dann dürfte der Plenarsaal eine entscheidende Dominante darstellen.

Meine Damen und Herren! 30 Monate war der Hessische Landtag mit seinen Plenarsitzungen Gast der Stadt Wiesbaden. Er domizilierte im Stadtverordnetensitzungssaal. Wir haben manche berechtigte Klage gehört. Bedenken Sie aber bitte, daß dieser Stadtverordnetensitzungssaal gebaut worden ist für ein Fassungsvermögen von noch nicht der Hälfte der Personen, die anlässlich der Plenarsitzungen des Hessischen Landtags untergebracht werden mußten.

Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis, das Sie diesen Dingen entgegengebracht haben, zugleich auch im Namen des Herrn Stadtverordnetenvorstehers, unseres Kollegen Franz Fuchs. Der Stadtverordnetensitzungssaal wie die übrigen Räume des Rathauses lassen erkennen — und ich hoffe, Sie haben das festgestellt —, wie sparsam unsere Stadt war und wie sparsam wir sein müssen. Gar oft sind Sie die Treppe unseres Rathauses hinaufgegangen und haben die Büste des Freiherrn vom und zum Stein gesehen, jenes Mannes aus unserer

engeren Heimat, der — aus adeligen Verhältnissen stammend — sich zum Rufer für die Selbstverwaltung machte und dafür Verfolgungen seitens der Reaktion erlitt. Diese Forderung der Selbstverwaltung war damals gleichzusetzen mit der Forderung der Demokratie. Heute haben wir eine Dreigliederung in der Aufgabenstellung im demokratischen Geschehen: Bund, Länder und Gemeinden. Leider sind die Gemeinden noch immer nicht als vollgültiger dritter Partner anerkannt.

Altbundespräsident Professor Heuß hat einmal in diesem Hohen Hause anlässlich seines ersten Staatsbesuches im Jahre 1949 in etwa gesagt:

„Wichtiger als Bund und Länder sind die Gemeinden. Sie sind die Grundlagen des Staates.“

In der Gemeinde ist noch die unmittelbare Mitarbeit und Mitverantwortung zu spüren. Hier herrscht echtes bürgerschaftliches Denken. Ich will kein Wort gegen die demokratische Gestaltung in Bund und Ländern sagen, aber über eines müssen wir uns klar sein: Jeder Zentralismus und jede zu starke Zusammenballung, zumal dann, wenn das Geschehen weitab von der Bevölkerung erfolgt, birgt Gefahren für die Demokratie. Wenn wir diese Gefahren sehen und erkennen, werden wir sie meistern können.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Büste des Freiherrn vom und zum Stein, die Sie im Rathaus sahen, ist Ihnen nachgewandert. Magistrat und Stadtverordnete glaubten, anlässlich der Einweihung des neuen Plenarsaals dem Landtag etwas geben zu sollen, was der Wiesbadener Bürgerschaft wertvoll und ans Herz gewachsen ist. Die Büste hat bereits ihre Aufstellung gefunden, und zwar im oberen Wandelgang. Diskret wie wir nun einmal sind, wollten wir sie nicht direkt am Eingang des Plenarsaals aufstellen. Wir hoffen aber, daß Freiherr vom und zum Stein auch in der heutigen Zeit ein Mahner ist, die demokratischen Rechte und Pflichten zu wahren und die Selbstverwaltung zu achten.

Wir werden im Rathaus bemüht sein, in der Form und im Inhalt auch in der Zukunft dem Ausdruck zu verleihen, was ich vortrug.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, diese Büste in Ihre Obhut zu nehmen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich wünsche und hoffe, wie wir alle, daß wir und die, die nach uns kommen, hier im Hessischen Landtag ihre Aufgaben und ihre Pflichten erfüllen, daß sie sich eingedenk sind, daß die Erfüllung nur möglich ist im Geiste der freiheitlichen Demokratie. (Beifall)

Präsident des Hessischen Landtags  
HEINRICH ZINNKANN

Ich darf Ihnen, Herr Oberbürgermeister, für Ihr Geschenk recht herzlich danken und Ihnen, meine Damen und Herren, im Anschluß an die Darlegungen des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Wiesbaden Kenntnis geben von folgendem Schreiben:

„An den Präsidenten des Hessischen Landtags, Herrn Staatsminister a. D. Heinrich Zinnkann, Wiesbaden.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident!

Zur Eröffnung des neuen Plenarsitzungssaales des Hessischen Landtags übermittle ich Ihnen, dem Landtag, allen seinen Mitgliedern und der Hessischen Landesregierung die besten Wünsche der Stadt Darmstadt und ihrer Bürgerschaft. Der Geist freier Verantwortung für das Gemeinwohl, für das Wohl des Hessenvolkes und der gesamten deutschen Nation soll auch in Zukunft in ihm wohnen.

In dankbarer und verehrungsvoller Erinnerung an den Innenminister des alten Volksstaates Hessen, unseren Freund Wilhelm Leuschner, den frevelhafte Henkershände auf das Schafott gebracht haben, hat der Magistrat der Stadt Darmstadt beschlossen, dem Hessischen Landtag zur Aufstellung an würdiger Stätte eine Porträtbüste von Wilhelm Leuschner zu stiften. Die Büste befindet sich bereits im Besitz des Landtags.“

Wir werden sie nachher beim Umgang sehen. In dem Schreiben heißt es weiter:

„Wilhelm Leuschner war ein Diener des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit, ein Kämpfer für Freiheit und deutsche Würde, der sein Volk liebte und es in einer wahrhaft demokratischen Grundordnung geborgen wissen wollte.

Die Stadt Darmstadt grüßt den Landtag, seinen Präsidenten und das Land Hessen in herzlicher Verbundenheit.

gez. Dr. Engel, Oberbürgermeister

(Beifall)

Bildnachweis: Foto-Rudolph, Wiesbaden  
Gestaltung und Druck: Carl Ritter & Co., Wiesbaden